

Vorlage-Nr.: **2391-2023/DaDi**

Aktenzeichen:

Fachbereich: Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Große Datenabfrage 31.12.2022 – Anfrage Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Anfrage des Abg. Bischoff (fraktionslos):

In Hessen sind immer mehr Menschen arm. Als Folge der Pandemie, des Krieges in der Ukraine, der Inflation und Energiepreisexplosion ist die Armutsquote auf 18,3 Prozent gewachsen. Das bedeutet von insgesamt 6,3 Millionen Einwohnern Hessens leben 1,15 Millionen unter der Armutsgrenze. Diese Zahlen veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem Armutsbericht 2022. 1,15 Millionen Menschen waren in Hessen arm – mehr als je zuvor. Daher muss auch im Landkreis Darmstadt Dieburg über die Ursachen der Armut gesprochen werden. Daher ist die Befragung der statistischen Armut im Landkreis Darmstadt Dieburg notwendig. Sollte die umfangreiche Befragung bis zum 13. Februar 2023 nicht vorliegen, so bittet DIE LINKE im Kreistag um Beantwortung bis zu übernächsten KT Sitzung,

1. Wie viele Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug SGBII – SGB XII – Asylblg und Wohngeldbezug im Landkreis Darmstadt Dieburg waren Stand 31.12.2022 im Leistungsbezug?(Analog Anfrage 1008-2022)
2. Wie entwickelte sich die Kreis- und Schulumlage pro Kommune des Landkreises Darmstadt Dieburg in den Plan zahlen 2012 bis 2023 (2023 Planzahlen) Analog Anfrage 1008 – 2022)
3. Wie viel Kinder (Stand 31.12.2022) bezogen im Landkreis Darmstadt Dieburg Leistungen nach dem sog. Sozialgeld – nach SGB II – dem SGB XII – dem Asylblg und dem Wohngeld. Bitte nach Altersgruppen 0- 5 Jahren / 6 bis 13 Jahren – 14-17 Jahren und 18-24 Jahren ? Analog Anfrage 1008-2022)
4. Gibt es im Landkreis Darmstadt Dieburg eine nachhaltige Info über den bestehenden sozialen Wohnungsbau Stand 31.12.2022 ?
5. Wie viele geförderte Sozialwohnungen von 31.12.2018 bis 31.12.2022 gab bzw gibt es im Landkreis Darmstadt Dieburg ? Bitte Angabe der Gemeinden ?
6. 2015 betrug die Gesamthöhe der nicht übernommenen Mieten 1.919.04€ - 2016 1.623.589 € - 2017 = 1.812.097 € - 2018 2.131.558 € -2019 = 1.853.932 € - 2020 = 1.783.679 €- 2021 (1-9) = 1.202.030 €

- wie hoch war die Gesamtsumme 1-12 in 2021 ?
 - wie hoch waren die nicht übernommenen KDU 1-12 in 2022 ?
 - Ist die Kreisverwaltung der Meinung, dass diese Kürzungen der Mieten in massiv steigender Armut ein besonders rigider Eingriff in die Einkommen der Bedürftigen ist?
7. Warum greift der Landkreis Darmstadt Dieburg nicht – wie viele anderen Gemeinden (z.B. Odenwaldkreis) nicht längst auf die Angemessenheitsgrenzen der Wohngeldwerte (Kaltmietnebenkosten) zurück ? Die bisherige Behauptung, dass dieses Vorgehen der Kreisverwaltung Darmstadt Dieburg günstiger für die Bedürftigen sei, dass diese Übernahme der Wohnkostenlücke im Landkreis Darmstadt Dieburg keine Rechtswidrigkeit darstellt, wurde durch viele anwaltliche Aktivitäten - auch vor dem Sozialgericht Darmstadt belegt.
8. Wie viele Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherungsempfänger/innen mussten Stand 31.12.2022 einen Betrag
- in Höhe von 50 €
 - in Höhe von 100 €
 - in Höhe von 200 €
 - über 200 €
- für nicht anerkannte Mieten aus den Sozialleistungen aufbringen, Bitte um Benennung der 23 Kreiskommunen- in welcher Kommune /Gemeinde leben wie viele Bürger, die aus ihren Sozialleistungen welche der o.g. Beträge zahlen müssen ?
9. Wie viele Menschen im Landkreis Darmstadt Dieburg erhielten zum Stichtag 31.12.2022 Leistungen nach dem SGB II – dem SGB XII – dem Asylblg und dem Wohngeld.
10. In Reinheim soll es nach den veröffentlichten Zahlen nur noch 41 geförderte Sozialwohnungen geben. Dies widerspricht den Aussagen von BM Karl Hartmann, dass Reinheim an der Spitzengruppe des Landkreises gehöre und ca. 220 geförderte Sozialwohnungen besitze - Hierzu frage ich
- was sind die Gründe dieser Differenzen? Sind es die Veräußerungen des Bauvereines und der Gemeinnützigen Baugenossenschaft ? Sie sollen sich bis 2025 aus dem Sozialen Wohnungsbaues zurückziehen und hätten ihre Anteile den Kommunen zurück gegeben ? Wie wirkt sich dies auf die Höhe der Kaltmieten in Reinheim und anderswo aus ?Wo ist die Lage mit Reinheim in Bezug auf den geförderten Sozialwohnung vergleichbar ?

Fragen zum Wohngeld bzw. Wohngeld plus:

Wohngeld können Haushalte beantragen, die keine Sozialleistungen beantragen oder die so wenig Sozialleistungen noch erhalten und mit Wohngeld sich besser stelle. Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll mehr als verdreifacht werden – der durchschnittliche Wohngeldanspruch soll von 180 € auf 370 € steigen.

11. Im Landkreis Darmstadt Dieburg erhielten 1175 Bürger Wohngeld – Stand 31.12.2021. Wie viele waren es zum 31.12.2022 ?

Bei Wohngeld plus soll eine Heizkosten und Klimakomponente eingeführt werden.

Es soll eine Verlängerung des Bewilligungszeitraumes erfolgen

Es soll ein Vorschuss möglich sein.

Es soll eine Bagatellgrenze eingeführt werden

Es sollen eine Übergangsregelung stattfinden, wo nach man nicht verpflichtet ist Wohngeld in Anspruch zu nehmen.

Die Mietstufen sollen neu festgelegt werden.

Bisher hatte man z.B. in Groß Zimmern (Mietstufe 4) Anspruch auf den Mietzuschuss für 4 Personen in Höhe von 803 € plus 10 % Zuschlag = 883. Die Kaltmieten des Landkreises betrugen bisher 702,10 € Für viele bedeutete bisher der Mietzuschuss des Wohngeldes eine deutliche Verbesserung zu den angemessenen Mieten im Landkreis. Hierzu frage ich an

12. Wie viel Beschäftigte der Wohngeldstelle Darmstadt Dieburg hatten wie viele Fälle abzuarbeiten ?
13. Wie hoch ist die Bearbeitung pro Mitarbeiter/innen in der Wohngeldstelle Da/Di
14. Wie hoch ist die durchschnittliche Bearbeitungszahl in Hessen pro Beschäftigten der Wohngeldstelle
15. Wie viele Mitarbeiter verließen aus eigenem Wunsch die Wohngeldstelle ?
16. Wie viele wurden neu eingestellt ?
17. Sieht die Kreisverwaltung sich personell gut aufgestellt bei anzunehmender doppelter Antragstellung des Wohngeldes. Wie viele Mitarbeiter/innen wurden bzw. werden hierfür neu eingestellt. Wurden diese evtl. Neueinstellung in der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zum Haushalt 2023 berücksichtigt ?
18. Bis wann liegen die „neuen“ Zahlen, die neuen Mietstufen für den Landkreis Darmstadt Dieburg offiziell vor.
19. Bis wann ist mit der Neu Berechnung , der Neubeantragung des Wohngeld plus im Landkreise Darmstadt Dieburg zu rechnen ?
20. Wird die Aufforderung an Bezieher von Grundsicherungsbezieher im Landkreis Darmstadt Dieburg von Wohngeld bzw. Kinderzuschlag zukünftig nur unter Vorlage eine korrekten Berechnung des Wohngeldes bzw. Kinderzuschlag von der KfB den Grundsicherungsbezieher vorgetragen ?
21. Wohngeld bzw. Kinderzuschlag zu beantragen sind extreme bürokratische Herausforderungen für die Betroffenen. Denkt die Sozialverwaltung hier an Ausfüllhilfen ?

Fragen zu Fachbereich Migration und Flüchtlinge:

22. wie viele Flüchtlinge waren Stand 31.12.2022 im Landkreis Darmstadt Dieburg
23. wie viel kommen aus der Ukraine ?
24. wie viele Mitarbeiter/innen kümmerten sich um die Bearbeitung der Belange der Flüchtlinge im Landkreis Darmstadt Dieburg ?
25. Wie hoch sind die Fallzahlen pro Mitarbeiter /innen pro Flüchtling im Landkreis Darmstadt Dieburg. ?
26. Wie hoch sind die durchschnittlichen Fallzahlen in Hessen bzw wie hoch sind die Fallzahlen mit einen vergleichbaren Landkreis ?

Fragen zum Fachbereich Soziales Bildung und Teilhabe SGB XII:

27. Wie viele Bürger des Landkreises Darmstadt Dieburg Stand 31.12.2022 erhielten das SGB XII-Stand 31.12.2022 = 3264 Bürger

28. Wie viele Mitarbeiter /innen kümmerten sich um die Belange der der SGB XII Bezieher ?
29. Wie hoch ist die Fallzahl pro Mitarbeiter/in in dem Fachbereich Soziales Bildung und Teilhabe SGB XII ?
30. Wie hoch sind in diesem Bereich die Fallzahlen in Hessen bzw in einem vergleichbaren Landkreis?
31. Wie viele Mitarbeiter/innen verließen aus eigenen Wunsch diesen Fachbereich.
32. Gibt es Stand 31.12.2022 noch offene Stellen ?

Fragen zum Jobcenter KFB – materielle Verwaltung:

33. wie viele Bürger/innen sind Stand 31.12.2022 im Bezug des SGB II und des Sozialgeldes ?
Stand 31.12.2021 =ca 13500 Bürger/innen
34. wie viele entstammen der Ukraine Stand 31.12.2022
35. Wie hoch ist die Fallzahl pro Mitarbeiter/in in der materiellen Verwaltung der KFB ?
36. Wie hoch sind die Fallzahlen pro MA in Hessen bzw in einem vergleichbaren Landkreis ?
37. Wie viele MA verließen aus eigenem Wunsch die kFB ?
38. Gibt es Stand 31.12.2022 noch offene Stellen.



Vorlage-Nr.: **2567-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der Alternative für Deutschland
van Dijk, Bärbel

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Landkreis – Anfrage AfD**

Anfrage der Fraktion der AfD:

Nach dem Beschluss des EU-Parlamentes vom 14. Februar 2023 dürfen ab dem Jahr 2035 keine neuen PKW und Kleintransporter mehr neu zugelassen werden, die im Betrieb Treibhausgase ausstoßen. Dies bedeutet das faktische Aus für klassische Verbrennungsmotoren. In der Folge braucht diese Entwicklung einen enormen und zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Lediglich für vor 2035 zugelassene Diesel- und Benzinfahrzeuge soll es einen Bestandsschutz geben.

Die AfD-Fraktion stellt die folgenden Fragen:

1. Wie viele öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge gibt es aktuell im Landkreis Darmstadt-Dieburg?
2. Wo befinden sich die in Frage 1 erfragten öffentlichen Ladestationen?
3. Durch wen werden die erfragten öffentlichen Ladestationen finanziert und betrieben?
4. Wie hoch schätzt die Kreisverwaltung den Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge bis zum Jahr 2035?
5. Wie viele öffentliche Ladestationen sollen im Landkreis in Vorbereitung auf das Verbrenner-Aus pro Jahr neu eingerichtet werden?
6. Wo sollen die neuen öffentlichen Ladestationen errichtet werden?
7. Durch wen werden die zusätzlich benötigten öffentlichen Ladestationen errichtet und betrieben?
8. Erwartet die Kreisverwaltung durch den Bau zusätzlicher Ladestationen im öffentlichen Raum eine Verschärfung der Parkplatzsituation in den Kommunen, und wie will sie diesen

kompensieren?

9. Wie hoch ist nach Schätzung der Kreisverwaltung der finanzielle Eigenanteil des Landkreises für die neuen Ladestationen? Bitte nach erwarteten Kosten pro Jahr aufschlüsseln.

Vorlage-Nr.: **2568-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der Alternative für Deutschland
van Dijk, Bärbel

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Flüchtlingssituation im Landkreis – Anfrage AfD**

Anfrage der Fraktion der AfD:

Der von Bundesinnenministerin Faeser am 16. Februar 2023 veranstaltete Flüchtlingsgipfel endete erwartungsgemäß ohne handfeste Ergebnisse. So sollen Arbeitsgruppen eingesetzt werden und bspw. Fragen nach der finanziellen Belastung nach Vorschlägen dieser Arbeitsgruppen erst um die Osterzeit weiter beraten werden.

Im Vorfeld des Flüchtlingsgipfels gab es aufgrund der enormen Belastung bereits Brandbriefe aus Landkreisen deutschlandweit. Aus dem Rhein-Main-Geiet sind solche Brandbriefe aus den Landkreisen Bergstraße und Main-Taunus-Kreis öffentlich bekannt.

Im Jahr 2021 wurden 217.774 erstmalige Asylanträge von Menschen unter anderem aus Syrien, Afghanistan und der Türkei gestellt. Das ist die höchste Zahl seit der Flüchtlingskrise im Jahr 2016. Dazu kommen mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine.

Neben der finanziellen Belastung für die Landkreise stellt sich die Frage nach der Unterbringung der Menschen und weiterer Infrastruktur wie Kitaplätze, Schulplätze, medizinische Versorgung etc. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, wird auf zdf.de mit den Worten „Wir sind am Ende unserer Unterbringungsmöglichkeiten“ zitiert. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, sagte, der für die Unterbringung von Geflüchteten erforderliche Wohnraum sei begrenzt.

Die AfD-Fraktion stellt die folgenden Fragen:

1. Wie viele Flüchtlinge halten sich derzeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg auf? Bitte nach Menschen aus der Ukraine und Menschen aus anderen Staaten aufschlüsseln.
2. Wie viele Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge stehen dem Landkreis aktuell zur Verfügung?
3. Wie hoch ist aktuell die Auslastung der unter Frage 2 erfragten Gemeinschaftsunterkünfte?
4. Wie viele Flüchtlinge im Landkreis leben aktuell in Privatunterkünften? Bitte nach Menschen

aus der Ukraine und Menschen aus anderen Staaten aufschlüsseln.

5. Welche zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten für wie viele Menschen stehen dem Landkreis bei einer möglichen weiteren Eskalation der Flüchtlingskrise aktuell noch zur Verfügung?
6. Wie viele Flüchtlinge im Landkreis sind aktuell ausreisepflichtig? Bitte nach Herkunftsländern aufschlüsseln.
7. Wie viele zusätzliche Kita-Plätze wurden aufgrund der Flüchtlingskrise seit Beginn des Jahres 2021 im Landkreis geschaffen?
8. Wie viele zusätzliche Grundschul-Plätze wurden aufgrund der Flüchtlingskrise seit Beginn des Jahres 2021 im Landkreis geschaffen?
9. Wie viele zusätzliche Kita-Plätze wurden aufgrund der Flüchtlingskrise seit Beginn des Jahres 2016 insgesamt im Landkreis geschaffen? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
10. Wie viele zusätzliche Grundschul-Plätze wurden aufgrund der Flüchtlingskrise seit Beginn des Jahres 2016 insgesamt im Landkreis geschaffen? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
11. Wie stellt sich aktuell die finanzielle Beteiligung durch das Land Hessen und/oder den Bund zur Bewältigung der Flüchtlingskrise dar?
12. Wie hoch war der finanzielle Eigenanteil des Landkreises im Rahmen der Flüchtlingskrise im Jahr 2021?
13. Wie hoch war der finanzielle Eigenanteil des Landkreises im Rahmen der Flüchtlingskrise insgesamt seit dem Jahr 2016? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.

Vorlage-Nr.: **2569-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der Alternative für Deutschland
van Dijk, Bärbel

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Regionalpartnerschaft mit einer geeigneten Partnerregion in der Ukraine –
Anfrage AfD**

Anfrage der Fraktion der AfD:

In der Kreistagssitzung am 13. Februar 2023 wurde auf Antrag der Regierungsfractionen die Eingehung einer Regionalpartnerschaft mit einer geeigneten Partnerregion in der Ukraine beschlossen.

Um eine solche Regionalpartnerschaft einzugehen, bedarf es einer Reihe von Abstimmungen mit den unterschiedlichsten Körperschaften in Deutschland und der Ukraine.

Die AfD-Fraktion stellt die folgenden Fragen:

1. Gab es im Vorfeld des Antrags der Regierungsfractionen bereits Gespräche mit den relevanten deutschen und ukrainischen Körperschaften?
 - a) Falls ja, mit welchem Ergebnis?
2. Wie wird nach Einschätzung der Kreisverwaltung die Zeitschiene bis zur Finalisierung der Regionalpartnerschaft aussehen?
3. Was konkret soll die Regionalpartnerschaft beinhalten?
4. Mit welchen Kosten, auch laufenden Kosten nach der Finalisierung, wird nach Einschätzung der Kreisverwaltung gerechnet, und durch wen werden diese getragen?



Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **2571-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der FDP
Jeromin, Ingo, Prof. Dr.-Ing.

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Ausweisung des NSG "Forstwald" – Anfrage FDP**

Anfrage der Fraktion der FDP:

Der RP bittet um Stellungnahmen zur geplanten Ausweisung von Forstflächen des Landes Hessen in der Gemarkung Groß-Umstadt (Semd) zum sog. Naturschutzgebiet „Forstwald“.

1. Gibt es bereits eine Stellungnahme des Landkreises zum Verordnungsentwurf?
2. Wie beurteilt der Landkreis resp. die Planungsgesellschaft, die mit dem Umsetzung der Straßenbaumaßnahme „vierspüriger Ausbau der B45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt“ beauftragt ist, die mögliche Einschränkung einer Flächeninanspruchnahme östlich der vorhandenen B45-Trasse?



Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **2572-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der FDP
Jeromin, Ingo, Prof. Dr.-Ing.

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Förderung von Ladestationen – Anfrage FDP**

Anfrage der Fraktion der FDP:

Im Sachstandsbericht des Klimaschutzmanagers im KUGI-Ausschuss am 1.2.2023 wurde die aktuelle Zahl der öffentlich zugänglichen E-Ladesäulen mit 338 angegeben.

Dazu folgende Fragen:

1. Wieviele dieser Ladesäulen wurden vom Landkreis bezuschusst?
2. Welchen Förderumfang hatte diese Maßnahme insgesamt?
3. Sind angesichts des steigenden Bedarfs an Ladesäulen für den Individualverkehr Fördermaßnahmen z.B. in unterversorgten Kommunen geplant?
4. Falls ja, sind hierfür Landesmittel abrufbar?



Vorlage-Nr.: **2573-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der FDP
Jeromin, Ingo, Prof. Dr.-Ing.

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Freiflächen-Fotovoltaik im Landkreis – Anfrage FDP**

Anfrage der Fraktion der FDP:

Im Zusammenhang mit der Entwicklung von RP-Leitlinien zur Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Freiflächen-Fotovoltaikanlagen stellt sich die Frage nach dem verfügbaren Agrarflächenangebot im Landkreis.

1. Wo hoch ist der Anteil landwirtschaftlicher Nutzflächen im Landkreis mit weniger als 45 Bodenpunkten?
2. Wo hoch ist der Anteil landwirtschaftlicher Nutzflächen im Landkreis hiervon mit weniger als 2 Euro/m² Bodenwert?
3. Aus welchen Landkreiskommunen liegen Anfragen zur Einrichtung von Agri-PV-Anlagen vor mit der Notwendigkeit der Flächennutzungsplan-Änderung resp. eines Zielabweichungsverfahrens?

Vorlage-Nr.: **2574-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der FDP
Jeromin, Ingo, Prof. Dr.-Ing.

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Kreistag	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Nutzung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaik-Anlagen auf Kreiseigenen Gebäuden – Anfrage FDP**

Anfrage der Fraktion der FDP:

Der Landkreis beabsichtigt zur Umsetzung der Energiewende möglichst vielen Dachflächen seiner Gebäude mit Photovoltaikanlagen zu belgen.

Dazu stellen wir folgende Fragen:

1. Welche Gebäude (Dachflächen) des Landkreises sind bereits mit Photovoltaikanlagen belegt?
Welche Leistung (kWp) hat jede Anlage?
2. Welche weiteren Gebäude, sollen wann mit Photovoltaikanlagen mit welcher Leistung (kWp) belegt werden?
3. Welche Gebäude sollen nicht mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden und warum?
4. Wie soll die Finanzierung der noch nicht errichteten Anlagen erfolgen?